

Änderungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion GRÜNE**

**zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 14/341**

Die „unvollendete Revolution“ in Baden – Hintergründe des geplanten Verkaufs von Kulturgütern des Landes

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. keine Vereinbarung mit dem „Haus Baden“ zu schließen, die das Ziel hat, Kulturgüter aus staatlichen Beständen zu verkaufen;
2. sämtliche der Landesregierung bekannten Gutachten zur Eigentumsklärung an den früheren badischen großherzoglichen Kunstsammlungen und Bibliotheksgütern dem Landtag vorzulegen;
3. die Vorauswahl von aus Sicht der Landesregierung angeblich verkaufbaren Kunst- und Kulturgütern aus staatlichen Beständen zu Gunsten des „Hauses Baden“ unverzüglich zu beenden;
4. vor dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem „Haus Baden“, die die Finanzierung bereits erfolgter bzw. geplanter Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen von Schloss Salem zum Gegenstand haben, den Landtag umfassend über die konkreten Gründe für die Notwendigkeit einer solchen Vereinbarung und deren konkreten Inhalte zu informieren;
5. den Abschluss einer unter Punkt 4 genannten Vereinbarung unter den Vorbehalt einer Zustimmung des Landtags zu stellen.

10. 10. 2006

Vogt
und Fraktion

Kretschmann
und Fraktion

Eingegangen: 10. 10. 2006 / Ausgegeben: 11. 10. 2006

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*